

BMJ – I 2 (Sachen, Schuld- und Wohnrecht)

An  
die Empfänger des Verteilers

**Mag. Marie Christin Wieser**  
Sachbearbeiterin

+43 1 521 52-0  
Museumstraße 7, 1070 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl an [team.z@bmj.gv.at](mailto:team.z@bmj.gv.at) zu richten.

Geschäftszahl: 2024-0.039.775

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem zur Lösung haftungsrechtlicher  
Fragen bei Bäumen das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch geändert wird  
(Haftungsrechts-Änderungsgesetz 2024 – HaftRÄG 2024); Versendung zur  
allgemeinen Begutachtung**

Das Bundesministerium für Justiz übermittelt den oben angeführten Entwurf und ersucht  
um allfällige Stellungnahme bis spätestens

21.2.2024 (einlangend)

per E-Mail an die Adresse [team.z@bmj.gv.at](mailto:team.z@bmj.gv.at).

Falls bis zu diesem Termin keine Stellungnahme einlangt, wird angenommen, dass keine  
Bedenken gegen den Entwurf bestehen.

In den zuletzt geführten Diskussionen um den Ministerialentwurf wurde auch die Frage  
thematisiert, ob die in § 1319b ABGB geregelte Haftung des Baumhalters zusätzlich zu den  
im Entwurf vorgeschlagenen Neuerungen auch auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit  
eingeschränkt werden sollte. Der Entwurf sieht dies aus verschiedenen Gründen nicht vor,  
insbesondere wegen der Bedeutung des Schutzes von Leib und Leben und weil die  
besondere Schutzwürdigkeit von Bäumen bereits im Rahmen der Sorgfaltspflichten  
Berücksichtigung findet. Es darf gebeten werden, in einer allfälligen Stellungnahme auch  
auf dieses Thema einzugehen.

Es wird gebeten, die Stellungnahme auch dem Präsidium des Nationalrats zu übersenden, und zwar

- die Bundesministerien über die ELAK-Schnittstelle,
- alle anderen Stellen über die Internetseite <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VPBEST/#AbgabeStellungnahme>.

Soweit dieser Entwurf den Landesgerichten oder Teilorganisationen direkt übermittelt wird, werden diese gebeten, ihre allfällige Stellungnahme der jeweils übergeordneten Organisationseinheit eine Woche vor Ende der Begutachtungsfrist für eine allfällige konsolidierte Stellungnahme zu übermitteln.

Die Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999; die Stellungnahmefrist im Sinne dieser Vereinbarung endet vier Wochen nach Zustellung.

29.01.2024

Für die Bundesministerin:  
Mag. Christian Auinger

Elektronisch gefertigt

**Datenschutzrechtliche Informationen gemäß Art. 13 DSGVO:**

Verantwortlicher: Bundesministerium für Justiz, Museumstraße 7, 1070 Wien Tel.: +43 1 526 36 86, E-Mail: [post@bmj.gv.at](mailto:post@bmj.gv.at)

Wir speichern und verarbeiten Daten ausschließlich im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (DSGVO) sowie des österreichischen Datenschutzgesetzes, BGBl. I Nr. 165/1999, idgF.

Unsere Zusendung erfolgt auf der Rechtsgrundlage des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl. Nr. 76/1986 idgF, Teil 2 der Anlage zu § 2 (Informations- und Koordinationstätigkeit der Bundesregierung). Hierfür speichern wir Ihren Vor- und Zunamen, Ihre E-Mail-Adresse und ggf. sonstige personenbezogene Daten, die Sie im Zuge Ihres Schreibens an das Bundesministerium für Justiz übermitteln. Ihre Daten werden nach der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist für elektronische Akten im Bundesministerium für Justiz (Skartierungsfrist 10 Jahre) gelöscht.

**Ihre Rechte:**

Ihnen stehen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit, Widerruf und Widerspruch zu. Wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt oder Ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche sonst in einer Weise verletzt worden sind, können Sie sich bei der Aufsichtsbehörde beschweren. In Österreich ist dies die Datenschutzbehörde (Barichgasse 40-42, 1030 Wien, E-Mail: [dsb@dsb.gv.at](mailto:dsb@dsb.gv.at)).

**Weitere Informationen:**

Sie erreichen uns unter folgenden Kontaktdaten: Bundesministerium für Justiz, Abteilung I 7, Museumstraße 7, 1070 Wien, E-Mail: [team.z@justiz.gv.at](mailto:team.z@justiz.gv.at).

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter: Bundesministerium für Justiz  
Datenschutzbeauftragter, Museumstraße 7, 1070 Wien, E-Mail: [datenschutzbeauftragter@bmj.gv.at](mailto:datenschutzbeauftragter@bmj.gv.at).